

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG
(INSTITUT FÜR KONJUNKTURFORSCHUNG)

Wochenbericht

30. Jahrgang

Berlin, den 25. Januar 1963

Nummer 4

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — ohne Quellenangabe nicht zulässig

Die internationale und die westdeutsche Wirtschaftslage Mitte Januar 1963

Die internationale Situation

Die wirtschaftliche Entwicklung in den Industrieländern der westlichen Welt ist nach wie vor durch eine langsam wachsende Gesamtnachfrage bei gleichzeitig beachtlichen Kapazitätsreserven gekennzeichnet. In den Vereinigten Staaten brachten die letzten Wochen des vergangenen Jahres zwar eine geringe Beschleunigung der wirtschaftlichen Tätigkeit, doch darf dies kaum als Auftakt für ein künftig kräftigeres Wirtschaftswachstum gewertet werden. Anlaß für die Belebung waren eine Zunahme der öffentlichen Aufwendungen sowie eine Steigerung der Verbraucherausgaben. Demgegenüber stagnierten die Investitionsaufwendungen der privaten Wirtschaft für Anlagezwecke, während gleichzeitig von den Lagerdispositionen noch kontraktive Einflüsse ausgegangen sein dürften.

Nach den bisher vorliegenden Angaben haben sich auch die Auftragseingänge bei der verarbeitenden Industrie seit dem Herbst leicht erhöht. Sie blieben jedoch im Bereich der dauerhaften Güter nach wie vor hinter den Umsätzen zurück, so daß die Auftragsbestände weiter abgebaut wurden. Noch haben sich also die um die Jahresmitte gewährten Steuer- und Abschreibungserleichterungen auf Ausrüstungsinvestitionen nicht in einer größeren Investitionsbereitschaft ausgewirkt. Wenn, wie die jüngste Entwicklung der Stahlproduktion andeutet, in den nächsten Monaten die Stahlverarbeiter bzw. -händler ihre Läger auffüllen sollten, um Rückwirkungen eines eventuellen Stahlarbeiterstreiks auf die Versorgung abfangen zu können, dann muß bei konjunktureller Betrachtung der vorübergehende Charakter einer so angeregten Produktionsleistung in Rechnung gestellt werden. Wie schon in früheren Jahren könnte sich die zusätzliche Bevorratung später sogar depressiv auswirken.

Die amerikanischen geldpolitischen Instanzen sind in Anbetracht der labilen Situation bestrebt, die wirtschaftliche Tätigkeit nicht noch durch eine Kreditverteuerung zu behindern. Jedoch hat das Federal Reserve System durch seine Offenmarkt-Operationen den Banken keineswegs die Mittel wieder zugeführt, die diesen in den Transaktionen mit den Nichtbanken verlorengingen; daher waren die Banken gezwungen, ihre Überschußreserven abzubauen und eine Einengung ihres Liquiditäts-

spielraums hinzunehmen, die sich im Zuge einer stärkeren Belebung nachteilig auswirken könnte.

Daß die amerikanische Wirtschaft nachhaltiger Impulse bedarf, wenn die vorhandenen Produktionsfaktoren besser ausgelastet werden sollen, wird heute nirgends mehr bestritten. So hat der amerikanische Präsident soeben dem Kongreß Senkungen der Einkommen- und Körperschaftsteuern vorgeschlagen, die sich über drei Jahre hinziehen und — netto — insgesamt 10 Mrd. \$ ausmachen sollen. Entgegen den ursprünglichen Plänen werden die Steuersenkungen jedoch nicht rückwirkend vom 1. Januar an, sondern frühestens zum 1. Juli dieses Jahres in Kraft treten und für das verbleibende halbe Jahr etwa 3 Mrd. \$ erreichen. Da andererseits mit Beginn des neuen Jahres die Sozialabgaben für Millionen von Steuerzahlern (etwa 2 Mrd. \$) erhöht worden sind, kann für dieses Jahr eine fühlbare Verringerung der auf den Einkommen lastenden Gesamtabgaben nicht erwartet werden. In der zweiten Hälfte des Jahres dürften nennenswerte Impulse auf die Wirtschaftstätigkeit vom öffentlichen Sektor nur dann ausgehen, wenn die im Voranschlag für den amerikanischen Bundeshaushalt vorgesehene Erhöhung der Ausgaben bewilligt wird.

Die nach wie vor unbefriedigende wirtschaftliche Entwicklung in Großbritannien hat die Regierung zu Beginn des neuen Jahres veranlaßt, weitere steuer- und kreditpolitische Erleichterungen zuzugestehen. Dabei hat es gegenwärtig den Anschein, als ob weder Investoren noch Konsumenten sich von diesen Erleichterungen in einem Ausmaß zu zusätzlichen Aufwendungen anregen ließen, das notwendig wäre, um die Produktion nachhaltig zu steigern. Die Widerstände rühren einmal offensichtlich daher, daß sich vor allem im Bereich der Grundstoff- und Investitionsgüterindustrien, aber auch in den konsumnäheren Sektoren, Kapazitätsreserven herausgebildet haben, die die Unternehmer zu vorsichtigen Dispositionen zwingen. Auf der anderen Seite hat u. a. die steigende Arbeitslosigkeit bei den Verbrauchern Zurückhaltung ausgelöst, die ihren Ausdruck in einer steigenden Sparquote gefunden hat. Allein von der öffentlichen Hand werden in den kommenden Monaten stärkere expansive Einflüsse ausgehen; daneben sollte auch weiterhin eine gewisse Steige-

rung der britischen Exporte möglich sein, zumal die Außenwirtschaftslage der traditionellen Abnehmerländer Großbritanniens, nämlich des Äußeren Sterlinggebiets, sich neuerdings offenbar wieder günstiger gestaltet hat. Auch wenn unter diesen Umständen eine Expansionsrate von 2,5 bis 3 vH realisiert werden wird, dürften die britischen Produktionsfaktoren im Verlauf dieses Jahres kaum stärker ausgelastet werden als in den zurückliegenden Monaten.

Auch in Frankreich und Italien ist die Beinträchtigung der privaten Investitionsneigung unverkennbar. In beiden Ländern zeichnen sich Finanzierungsschwierigkeiten ab, die eine Folge der verschlechterten Selbstfinanzierungsmöglichkeiten bei gleichzeitig angespannten Kapitalmärkten sind. Trotzdem kann in Frankreich mit einer leichten Beschleunigung des wirtschaftlichen Wachstums gerechnet werden, da insbesondere die öffentliche Hand Mehrausgaben plant und auch der private Konsum nach wie vor beachtlich steigt. Das konjunkturelle Bild wird ferner durch stärkere Preisauftriebstendenzen getrübt, denen beide Länder dank ihrer starken Außenwirtschaftsposition durch einen verstärkten Rückgriff auf das Warenangebot des Auslandes zu begegnen suchen.

Die Konsolidierung der außenwirtschaftlichen Beziehungen der Industrieländer untereinander hat in den letzten Monaten keine nennenswerten Fortschritte mehr gemacht. Der Überschuß in laufender Rechnung ging in den Vereinigten Staaten sogar zurück, da die Einfuhren schneller als die Ausfuhren zunahmen, so daß das amerikanische Zahlungsbilanzdefizit nicht in dem erwünschten Umfang reduziert werden konnte. Auch Großbritannien vermochte nicht den Überschuß in laufender Rechnung zu erzielen, der notwendig ist, um seine langfristigen Kapitalexporte zu finanzieren. Jedoch führte die Zusammenarbeit der Zentralbanken zu einer flexibleren Handhabung des währungspolitischen Instrumentariums, so daß sich der internationale Zahlungsverkehr ohne Störungen abwickelte. Nicht minder erfreulich als die größere Beweglichkeit der währungspolitischen Instanzen ist der Wandel, der sich in jüngster Zeit in der grundsätzlichen Einstellung zu der Zahlungsbilanzproblematik vollzogen hat. Insbesondere in der Diskussion über die Position des Dollars wird neuerdings allgemein hervorgehoben, daß die Stärke einer Währung nicht nur von der Zahlungsbilanzgestaltung abhängt, sondern in erster Linie von der Leistungskraft und Dynamik einer Volkswirtschaft bestimmt wird. So verbessert eine kräftige Expansion über zusätzliche Produktivitätsfortschritte nicht nur die Wettbewerbsposition einer solchen Wirtschaft, sondern übt auch eine erhöhte Anziehungskraft auf private Kapitalien aus, die zur Entlastung der Zahlungsbilanz von Defizitländern beiträgt. Wenn auf Grund dieser Erkenntnis den Defizitländern mit brachliegenden Produktionskräften der Weg nach vorn geöffnet wird, so dürfte ein entscheidendes Hindernis für eine weltweite wirtschaftliche Expansion, das lange Zeit einer wachstumsbewußten Wirtschaftspolitik entgegenstand, beseitigt werden.

Westdeutschland

Das gegenwärtige konjunkturelle Geschehen in Westdeutschland ist offenbar in besonderem Maße dazu angetan, optimistisch wie pessimistisch interpretiert zu werden. Jedenfalls reichen die

Meinungen über die konjunkturelle Lage von den durchaus positiven Urteilen etwa der Gemeinschaftsdiagnose der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute, des Bundesministeriums für Wirtschaft und des wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften bis zu den pessimistischen Äußerungen etwa des Präsidenten des Bundesverbandes der deutschen Industrie. Aus diesem Zwiespalt der Meinungen hat sich auch ein sehr ausgeprägter Gegensatz in der Beantwortung der Frage ergeben, ob konjunkturpolitische Maßnahmen zur Abwehr von Gefahren einer bedenklich ablaufenden Konjunktur notwendig geworden seien — so Präsident Berg, der diese Frage bejaht — oder ob derartige Maßnahmen nicht nur überflüssig, sondern sogar unerwünscht seien — so die wissenschaftlichen Forschungsinstitute, die diese Frage verneinten.

Diese krassen Unterschiede im Urteil, die in besonders pointierter Form gerade in den Äußerungen der großen Gruppenvertretungen, nämlich der Industrie einerseits und der Gewerkschaften andererseits, zum Ausdruck kamen, sind natürlich nicht nur aus der verschiedenartigen Interpretation objektiver Fakten zu verstehen, sondern aus naheliegenden und verständlichen Gründen auch zweckbestimmt. Aber unbeschadet hiervon bleibt, daß die konjunkturelle Entwicklung in ihrer gegenwärtigen Phase derartige Meinungsunterschiede provozieren konnte, weil die Unterschiede in der Verteilung von Licht und Schatten unter den Aspekten der sehr unterschiedlichen Branchenkonjunktur zu solchen Gegensätzen in der Beurteilung führen mußten.

Für die auf der Schattenseite liegenden Bereiche sind diese Unterschiede gerade in der Phase eines nur noch bescheidenen Wachstums der Gesamtwirtschaft zweifellos stärker als bisher fühlbar geworden und müssen für sie alarmierend wirken. Für die Situation im ganzen gilt dies jedoch nicht. Nach wie vor übertreffen die expansiven die kontraktiven Tendenzen in der konjunkturellen Kräfteverteilung, wenn auch nicht mehr in dem zuvor gewohnten Maße mit seinen starken, für die Investitionstätigkeit und damit für das weitere Wachstum fruchtbaren Spannungen im Angebots-Nachfrage-Verhältnis.

Diese positive Grundtendenz stellte sich jedoch nicht „von selbst“ her und wird auch nicht durch bloßes Zuschauen erhalten bleiben. Nur die starke öffentliche und private Endnachfrage hat das Abfangen der negativen Einflüsse aus dem Bereich der Ausrüstungsinvestitionen ermöglicht — und von diesen expansiven Faktoren ergab sich zumindest der öffentliche Teil nicht als etwas Selbstverständliches, sondern war das Ergebnis harter Auseinandersetzungen in der außenpolitischen wie in der finanz- und wirtschaftspolitischen Sphäre. Da dies für die Zukunft ebenfalls uneingeschränkt gilt — läßt sich auch unter diesem Gesichtspunkt der eingangs zitierte Gegensatz der Auffassungen über die Notwendigkeit konjunkturpolitischer Maßnahmen weitgehend auflösen.

In der Gemeinschaftsdiagnose der Forschungsinstitute ist — und zwar expressiv verbi¹⁾ — das

¹⁾ „... doch ist unter Berücksichtigung von Ausgabenforderungen, die allerdings noch nicht in den gegenwärtig vorliegenden Haushaltsentwürfen enthalten sind, immer noch mit einem Anstieg (der öffentlichen Ausgaben) von annähernd 10 vH zu rechnen.“ „Die Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen Wirtschaft um die Jahreswende 1962/63“, zitiert nach WB Nr. 50/51 v. 1962, S. 222.

Anhalten der Expansion in den öffentlichen Ausgaben bereits vorausgesetzt worden. Trifft diese Voraussetzung zu, so kann zu Recht gehofft werden, daß der Druck auf die Kapazitäten der begünstigten Branchen stark genug wird, um zunächst einer weiteren Abschwächung der Investitionsneigung entgegenzuwirken und schließlich auch diese wieder von neuem anzuregen. In dieser Sicht müssen konjunkturpolitische Maßnahmen unerwünscht sein — und zwar in beiden Richtungen: Weder sollte durch Dämpfungsmaßnahmen im öffentlichen Bereich — und dies schließt nach Auffassung des DIW Bauausgaben ein — die Verlangsamung des Wachstums verstärkt werden, noch sollte über die vorausgesetzten Stützungen hinaus expansive Konjunkturpolitik betrieben werden.

Die Gewinnsituation der Wirtschaft hat sich nicht weiter verschlechtert. Einmal hat der von der staatlichen Geldersparnisbildung auf die Gewinnentwicklung ausgehende kontraktive Druck nachgelassen, und zum anderen ist der Leistungsbilanzüberschuß, dessen bisherige Abnahme erheblich zur Verschlechterung der Gewinnsituation beigetragen hatte, nicht mehr weiter zurückgegangen. Da andererseits der Zuwachs der gesamten Investitionsausgaben sich bisher nur unwesentlich verringert und die Ersparnisbildung der privaten Haushalte sich kaum geändert hat, steht die Entwicklung der Nettoeinkommen der Unternehmungen gesamtwirtschaftlich wieder unter etwas günstigeren Bedingungen. Trotzdem wird das Einkommen an eigenen Mitteln von der Wirtschaft nach wie vor für unzureichend gehalten und ist insofern auch geeignet, die zukünftige Investitionsneigung um so stärker zu beeinträchtigen, je

länger diese von der Wirtschaft als nicht zumutbar empfundene Konstellation anhält.

Diesen negativen Einflüssen steht andererseits der positive Anreiz des, schon aus Gründen der Kosteneinsparung und aus Gründen der Aufrechterhaltung der Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem Ausland, unverändert starken Rationalisierungsmotivs gegenüber. Dieses Motiv wird allerdings nur so lange wirksam bleiben, wie es vom Markt honoriert wird. Ein trotz verstärkter Rationalisierung nachlassender Absatz und die hierdurch bedingten Gewinneinbußen würden die bereits erheblich abgeschwächte Investitionsneigung rasch zum Erliegen bringen. Die Gefahr einer solchen Entwicklung, die mit abnehmender Kapazitätsauslastung einherginge, ist wegen der anhaltend starken Expansion der öffentlichen Ausgaben und der ebenfalls starken Baukonjunktur jedoch nicht aktuell. Allerdings werden die Baukonjunktur und der von ihr ausgehende Nachfragezog auf vorgelagerte Bereiche aus Witterungsgründen voraussichtlich wiederum erst verspätet ihre volle Kraft entfalten. Die kräftige Expansion dieser beiden, gesamtwirtschaftlich sehr ins Gewicht fallenden Aggregate, die auch in Zukunft weitaus stärker als die übrigen Nachfragekomponenten des Sozialprodukts zunehmen werden, ist für die Abwendung konjunktureller Gefahren jedenfalls wirksamer und zuverlässiger als die Anwendung der üblichen konjunkturpolitischen Mittel. Daß man auf deren Anwendung verzichten zu müssen für notwendig erachtet, um die eingeleitete Entspannung nicht zu gefährden, ist für die konjunkturelle Entwicklung jedenfalls so lange nur von zweitrangiger Bedeutung, wie man die starke Expansion der öffentlichen Ausgaben — wenn auch widerwillig — duldet.

Beschäftigung und Produktivität in der westdeutschen Industrie im Jahre 1962

Da für die jüngstverflossenen Monate noch einige statistische Angaben fehlen, stützt sich der seit Jahren an dieser Stelle übliche Rückblick auf die letztjährige Beschäftigungs- und Produktivitätsentwicklung in der westdeutschen Industrie diesmal auf die Monate März bis Oktober 1962. Diese Zeitspanne war jedoch weitgehend repräsentativ für die Verhältnisse im Jahresdurchschnitt.

Im vergangenen Jahr nahm die Zahl der Beschäftigten in der Industrie nur noch geringfügig, nämlich um etwa 31 000 Personen oder 0,4 vH, gegenüber dem Vorjahr zu (Zunahme 1961: 226 000 Personen oder 2,9 vH). Gleichzeitig erhielt aber die industrie-interne Beschäftigtenfluktuation¹⁾ wieder eine größere Bedeutung: Die 15 Industriezweige, die 1962 ihren Beschäftigtenstand noch erhöhten, nahmen insgesamt etwa 133 000 Beschäftigte auf; in 25 Industriezweigen ging gleichzeitig die Beschäftigtenzahl um 102 000 Personen zurück. Auf diese Weise konnten die Beschäftigtenanforderungen der aufnehmenden Branchen bereits zu mehr als drei Vierteln aufgewogen werden. Das ähnelt den Verhältnissen vor dem letzten Aufschwung. In den Jahren 1960 und 1961 war dagegen die industrie-interne Beschäftigten-Umschichtung von nur geringer Bedeutung für die Beschäftigungsausdehnung in den expandierenden Zweigen gewesen, da innerhalb der Industrie nur wenige Branchen Beschäftigungseinschränkungen vornahmen. Neu angeworbene Arbeitskräfte in den Industriezweigen mußten daher damals zum überwiegenden Teil von außen kommen.

Das deutliche Nachlassen der nach außen dringenden Beschäftigten-Anforderungen aus der Industrie wird

¹⁾ Hier verstanden als Strukturveränderung aus jeglicher Verursachung.

gelegentlich als positive — weil den Arbeitsmarkt entspannende — Folge der industriellen Konjunkturabschwächung begrüßt, zumal sich gleichzeitig für die Industrie im Durchschnitt eine Beschleunigung des Produktivitätswachstums abzeichnete. Eine Betrachtung, die derartige Zusammenhänge unterstellt, erweist sich jedoch als unzutreffend, wenn an Stelle der Entwicklung der gesamten Industrie diejenige in den einzelnen Branchen analysiert wird. Schon ein Blick auf die sektorale Beschäftigungsentwicklung zeigt, daß die Richtung der Beschäftigungsveränderung nicht generell von der gegenwärtigen Konjunkturlage in den Branchen bestimmt wird. So weisen zwei Branchen mit stagnierender Produktion den größten Beschäftigungszugang (Maschinenbau) und den erheblichsten Beschäftigungsrückgang (Kohlenbergbau) auf.

Noch weniger läßt sich für die gegenwärtige Konjunkturphase ein genereller Zusammenhang zwischen Nachfrageberuhigung und Produktivitätserfolgen nachweisen. Es zeigt sich nämlich bei detaillierter Betrachtung, daß für die günstige Durchschnittsentwicklung der Arbeitsproduktivität in der Industrie außergewöhnliche Produktivitätsfortschritte gerade in solchen Branchen entscheidend waren, die — abweichend von der Gesamtlage — eine unverändert oder sogar zunehmend kräftige Nachfrage zu bewältigen

**Veränderungen des Beschäftigtenbestandes 1961-1962
in der westdeutschen Industrie (MD März-Oktober)**
Berechnungen des DIW, in 1000 Personen

Beschäftigtenzugang	Beschäftigtenrückgang
Maschinenbau 25,7	Kohlenbergbau 31,7
Fahrzeugbau 23,4	Textilindustrie 22,0
Elektroindustrie 17,6	Eisen- u. Stahlindustrie ¹⁾ 11,8
Bekleidungsindustrie . . . 15,9	Übriger Bergbau ²⁾ 5,7
Ernährungsindustrie . . . 14,3	Tabakverarb. Industrie . . . 4,5
Kunststoffverarbeitung . . . 6,9	Feinmechanik u. Optik . . . 4,4
Stahlbau 6,7	Sägewerke u. Holzbearb. . . 3,7
Druckereiindustrie 5,6	NE-Metallindustrie ³⁾ 3,6
Luftfahrzeugbau 5,5	Feinkeramische Industrie . . 3,4
Papierverarbeitung 4,4	Lederindustrie ⁴⁾ 3,2
Chemische Industrie 4,0	Schiffbau 2,5
4 weitere Branchen 2,6	5 weitere Branchen 5,2
	101,7
	Nettozugang 30,9
132,6	132,6

1) Eisenschaffende Industrie; Eisen-, Stahl- und Tempergießereien, Ziehereien und Kaltwalzwerke. — 2) Eisen-, Metall-, Kalibergbau, Erdölgewinnung. — 3) Einschl. Metallgießereien. 4) Ledererzeugung u. -verarbeitung, Schuhindustrie.

Quelle: Industrieberichterstattung des Statistischen Bundesamts.

hatten und daher ihre Produktion weiter stark steigern konnten. Diejenigen Sektoren dagegen, die von der Nachfrageabschwächung am stärksten betroffen wurden, trugen auch zum industriellen Produktivitätswachstum nichts oder nur sehr wenig bei.

Ordnet man die Industriezweige²⁾ nach der Rangfolge einmal des im vergangenen Jahr erzielten Produktionswachstums und daneben nach den erreichten Produktivitätsfortschritten — wobei es gleichgültig ist, ob man sich an der Beschäftigten- oder der Arbeiterstundenproduktivität orientiert — so fällt auf, daß die Rangziffern beider Reihen gut korrelieren³⁾. Unter den zehn im Produktionswachstum führenden Zweigen finden sich sieben bzw. acht der ersten zehn Zweige der Produktivitätsskalen. Annähernd ähnliche Übereinstimmungen bestimmen den Schluß der Rangfolge. Wie nicht anders zu erwarten, harmonisierte im übrigen das Produktionswachstum weitgehend mit der Auftragsentwicklung. Die Branchen, für die auch 1962 noch oder wieder eine bedeutsame Steigerung der Bestellfähigkeit festzustellen war, sind durchweg identisch mit den Zweigen stark ansteigender Produktion (und Produktivität) und umgekehrt.

Ein Ausgleich für die Produktivitätsverzichte, die vermutlich aus Nachfrageabschwächungen resultierten, könnte von der Entwicklung der industriellen Erzeugerpreise erhofft werden. Doch es ist durchaus nicht der Fall, daß zu der Beruhigung des Preisklimas diejenigen Sektoren, deren Produktion stagnierte oder rückläufig war, einen besonderen Beitrag geleistet hätten. Die Preisanhebungen wie die Preissenkungen des letzten Jahres streuen vielmehr über alle Branchen sämtlicher Expansionsgrade. An der Spitze der Skala des Produktions- und Absatzwachstums liegen sogar einige Zweige mit seit langem und auch gegenwärtig stabilen Verkaufspreisen.

In der reibungslosen Bewältigung der hohen Produktionsanforderungen in den teils unverändert, teils beschleunigt expandierenden Spitzenbereichen ist eine Rechtfertigung für die große Investitionsbereitschaft der Unternehmer in diesen Bereichen in den vergangenen Jahren zu sehen. Sie zeigt, wie stark die Produktionselastizität — die eine mengenkonjunkturelle Verhaltensweise erlaubt — mit der Investitions-

²⁾ Hier mit Ausnahme des Bergbaus, da dort Sonderbedingungen gelten. — ³⁾ Der Korrelationskoeffizient beträgt 0,78 zur Beschäftigtenproduktivität.

**Entwicklung der Nettoproduktion und der
Arbeitsproduktivität in der westdeutschen Industrie¹⁾**
März — Oktober 1962

Rangziffern (R-Z) und Veränderungsraten in vH zum Vorjahr (V-R)

Nettoproduktion			Nettoproduktion			
			je Beschäftigten		je Arbeiterstunde	
R-Z	Industriezweig	V-R	R-Z	V-R	R-Z	V-R
1.	Kunststoffverarbeitung . . .	+19,2	4.	+10,8	4.	+14,0
2.	Chemische Industrie	+13,1	3.	+12,2	3.	+15,5
3.	Mineralölverarbeitung	+12,9	2.	+13,4	2.	+16,5
4.	Papierverarbeitung	+11,3	7.	+7,0	9.	+8,8
5.	Fahrzeugbau	+8,9	13.	+3,2	13.	+6,8
6.	Holzverarbeitung	+8,0	5.	+8,5	6.	+10,3
7.	Glasindustrie	+7,2	6.	+8,2	5.	+11,6
8.	Steine und Erden	+6,9	8.	+6,8	7.	+9,1
9.	Druckereiindustrie	+5,4	18.	+2,3	24.	+3,7
10.	Bekleidungsindustrie	+5,2	24.	+0,6	26.	+3,2
11.	Musikinstr. u. Spielwaren	+5,2	12.	+4,0	10.	+8,5
12.	Ernährungsindustrie	+4,7	23.	+1,4	25.	+3,3
	Verarbeitende Ind. ges.	+4,6		+3,7		+7,4
13.	Schuhindustrie	+3,7	11.	+4,9	14.	+6,1
14.	Kautschukverarbeitung	+3,2	19.	+2,1	27.	+2,6
15.	Tabakverarbeitung	+3,0	1.	+13,6	1.	+18,4
16.	Textilindustrie	+2,6	9.	+6,4	8.	+8,9
17.	Elektroindustrie	+2,5	25.	+0,3	17.	+5,7
18.	EBM-Industrie	+1,5	22.	+1,4	18.	+5,6
19.	Papiererzeugung	+1,4	15.	+2,7	16.	+5,7
20.	Sägewerke u. Holzbearb. . . .	+1,0	10.	+5,3	11.	+6,7
21.	Lederverarbeitung	+0,5	21.	+1,5	21.	+5,1
22.	Maschinenbau	± 0,0	29.	-2,5	28.	+2,5
23.	Stahlbau	± 0,0	30.	-3,2	32.	-0,0
24.	Feinmechanik, Optik	0,5	16.	+2,5	12.	+7,5
25.	Feinkeramik	-0,9	14.	+2,9	22.	+4,5
26.	Eisenschaffende Ind.	-1,3	27.	-0,3	19.	+6,0
27.	Metallgießereien	-1,8	20.	+1,7	15.	+6,0
28.	Ledererzeugung	-3,0	17.	+2,4	20.	+5,2
29.	NE-Metallindustrie	-3,5	26.	-0,3	23.	+4,2
30.	Schiffbau	-4,0	28.	-1,3	31.	+1,6
31.	Eisen-, Stahl-, Tempergieß.	-5,2	32.	-3,5	30.	+1,8
32.	Stahlverformung	-6,4	33.	-5,1	33.	-0,4
33.	Ziehereien, Kaltwalzw.	-9,9	31.	-3,2	29.	+2,3

Eigene Berechnungen auf Grund der Industrieberichterstattung des Statistischen Bundesamts. — ¹⁾ Ohne Bergbau, Bauindustrie und Energieversorgungsbetriebe.

intensität zugenommen hat. Für Bereiche wie den Maschinenbau oder die Elektroindustrie, die bei geringen Wachstumsanforderungen auch heute noch steigende oder jedenfalls nicht fallende Preise verlangen, eine hohe Beschäftigung aufrechterhalten und Produktivitätsabschwächungen hinnehmen, ist zunächst zu vermuten, daß die Möglichkeiten zur nutzbringenden Kapitalintensivierung noch lange nicht ausgeschöpft sind.

Doch spielt auch ein typischer time-lag innerhalb des Ablaufs konjunktureller Abschwächungen eine Rolle. Viele unter denjenigen Branchen, die jetzt noch einen hohen Beschäftigungsstand bei geringer Produktionsausdehnung, infolgedessen ein geringes oder kein Produktivitätswachstum aufweisen, standen noch 1961 unter überdurchschnittlichen Anforderungen. Es ist dort eine häufig anzutreffende „erste Stufe“ erreicht, in der Produktionsabschwächungen sich vornehmlich in Abschwächungen der Produktivität niederschlagen. Zu erwarten steht, daß künftig in diesen Zweigen die Beschäftigung stärker nachgeben und damit der Ausstoß je Arbeitseinheit wieder kräftiger zunehmen wird. Die in der Vergangenheit getätigten produktivitätswirksamen Investitionen dürften jedenfalls bei Auswertung aller ihrer technischen Effekte in der Gestaltung des Produktionsprozesses einen nicht geringen Spielraum ermöglicht haben. Wahrgenommen werden diese Möglichkeiten allerdings am ehesten — ja gewissermaßen automatisch — bei wieder ansteigender Nachfrage.